

Scoprire
l'italiano

DIE PRO GRIGIONI ITALIANO (PGI) — SCHLAGFERTIGES SPRACHROHR ITALIENISCHBÜNDENS MIT BREITENWIRKUNG

WARUM ES DIE SPRACHORGANISATION GIBT — UND WIE LANGE ES SIE BRAUCHT

Fondée en 1918 en réaction aux agressions de l'Irrédentisme italien, l'association linguistique «Pro Grigioni Italiano» affronte aujourd'hui deux défis: donner davantage de visibilité à la minorité italoophone des Grisons, tant dans son propre canton qu'en Suisse, et se battre pour que les italophones obtiennent en Suisse le même «service public», réservé à la majorité mais prévu par la Constitution fédérale.

● Sacha Zala Pro Grigioni Italiano



Sacha Zala, 1968, Historiker, Dr. phil., ist Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis), Professor an der Universität Bern

und seit 2014 Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG). Während zwei Jahrzehnten hat er sich in vielerlei Stellungen in der Pro Grigioni Italiano (Pgi) engagiert, seit 1999 als Vizepräsident und von 2005 bis 2013 als Zentralpräsident. Seitdem ist er Präsident der Stiftung Amiche e Amici della Pgi.

Der Erste Weltkrieg riss die Schweiz entlang den Sprachgrenzen fast auseinander. Der Untergang der grossen, übernationalen Staatengebilde, vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn bis hin zum Russischen und Osmanischen Reich, verwandelte die Schweiz vom multinationalen «Normalfall» in einen «Sonderfall». Der Triumph des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der – national verstandenen – Völker auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 schaffte neue, sprachlich und ethnisch möglichst homogene Nationalstaaten. Dazu gesellte sich seit dem italienischen Risorgimento ein zunehmend aggressiver Irredentismus, welcher Italienischsprachige vom südlichen Tirol bis Trieste, Istrien, Dalmatien und eben auch aus dem Tessin und Italienischbünden ins italienische Reich «heimholen» wollte. So erstaunt es kaum, dass besorgte Intellektuelle aus Italienischbünden 1918, als der Krieg noch wütete, die *Pro Grigioni Italiano* (Pgi) als schweizerische patriotische Vereinigung gründeten. Es galt zunächst, die sprachliche und kulturelle Absonderung Italienischbündens zu bekämpfen und die Regionen Misox, Calanca, Ber-

gell und Puschlav im kulturellen Leben Graubündens fest zu verankern. Doch bereits damals trat ein zweiter Aspekt in aller Deutlichkeit hervor, der zur Kernaufgabe der Sprachorganisation werden sollte: Das Auseinanderklaffen zwischen der in der Bundesverfassung von 1848 in Artikel 109 verankerten Gleichwertigkeit des Deutschen, des Französischen und des Italienischen als «Nationalsprachen des Bundes» und dem realen Umgang der staatlichen Institutionen mit der italienischen Sprache. Seit der Mitte der 1920er Jahre hatte sich das Tessin mit wirtschaftlichen, sprachlichen und kulturellen Forderungen auf Bundesebene zunehmend Gehör verschafft. Dies entzündete bei der Pro Grigioni Italiano die «rivendicazioni grigionitaliane» – einen ganzen Katalog von Forderungen, mit denen sie an den Bund und an den Kanton Graubünden gelangte. Auf diesen Druck hin flossen zum ersten Mal Subventionen an die Sprachorganisation, bescheidene finanziellen Leistungen, die es ihr ermöglichten, ab 1931 die für den kulturellen Zusammenhalt von Italienischbünden zentrale Zeitschrift *Quaderni grigionitaliani*

zu veröffentlichen. Provokativ formuliert, lässt sich die seit den 1930er Jahren erfolgende Finanzierung der Sprachorganisation durch Bund und Kanton als «Schmerzensgeld» für die fehlenden öffentlichen Dienstleistungen interpretieren, die den Italienischbündnern verfassungsmässig zustehen, welche sie aber nicht erhalten. Umgekehrt formuliert heisst dies auch: Sollten die Italienischbündner den ihnen zustehenden «Service Public» gleich wie die sprachliche Mehrheit erhalten, kann sich die Sprachorganisation getrost auflösen. Allerdings ist der Weg dorthin noch weit. Ein Beispiel unter vielen: Die Homepage der Bündner Kantonalbank ist trotz mehrmaliger Interventionen immer noch nur auf Deutsch aufgeschaltet. Das ist für jene 80% der rund 25'000 Italienischsprachigen Graubündens, die kein Deutsch sprechen, höchst problematisch. Doch auch die Homepage von eigentlichen Kantonsinstitutionen wie Kantonsspital und Psychiatrische Dienste Graubündens sind nur auf Deutsch verfügbar. Das kann im Einzelfall sogar verhängnisvoll sein.

Eine angemessene Vertretung

Der Name «Pro Grigioni Italiano» verweist semantisch auf eine geografisch eng umgrenzte Region. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sprachpolitik der Organisation von kantonaler, nationaler und zuweilen internationaler Ausstrahlung ist: Gemäss eigenen Statuten gehört es zu ihren Kernaufgaben, «difendere e promuovere la lingua e la cultura italiana nel Cantone e nella Confederazione» (Art. 2).

Doch was bedeutet es, die italienische Sprache und Kultur zu fördern? Im Gegensatz zum Rätoromanischen ist das Italienische als Sprache insofern nicht bedroht, als sie von mehr als 60 Millionen Italienerinnen und Italienern gesprochen wird. Die Bevölkerung Italienischbündens hat dank ihrer Grenzstellung unmittelbaren Zugang zum italienischen Sprachraum und in den unpolitischen Bereichen auch zum Kulturraum. Trotzdem ist die Stellung des Italienischen in Graubünden fragil, prekär und bedroht. Eine grosse Bedrohung stellt der für Sprachminderheiten typische Teufelskreis dar: Wenn eine sprachliche Mehrheit die Sprache der Minderheit nicht oder nicht

Je besser die Minderheit die Mehrheitssprache spricht, desto weniger hat die Mehrheit Grund dazu, die Minderheitssprache überhaupt zu lernen und ganz generell wahrzunehmen.

als vollwertig wahrnimmt, dann zwingt dies die wirtschaftlich schwächere Minderheit, die Sprache der Mehrheit zu lernen, was wiederum dazu führt, dass selbst die Angehörigen der Minderheitensprache der Mehrheitssprache mehr Prestige und Bedeutung einräumen als der eigenen Sprache. Und je besser die Minderheit die Mehrheitssprache spricht, desto weniger hat die Mehrheit Grund dazu, die Minderheitssprache überhaupt zu lernen und ganz generell wahrzunehmen. Und darin liegt das Hauptproblem Italienischbündens und des Italienischen in Graubünden: überhaupt wahrgenommen zu werden – oder aber trotz sprachlicher Differenz als vollwertig wahrgenommen zu werden. So ergab beispielsweise eine Untersuchung der Pgi, dass in der Kantonsverwaltung Graubündens in den höchsten vier Lohnklassen keine Italienischsprachigen vertreten sind. Ein düsteres Bild, das nicht einfach aus einem Mangel an qualifizierten Kandidaturen zu erklären ist. Die Pgi hat massive Lobbyarbeit leisten müssen, um überhaupt – nach 30 Jahren – den Weg für einen italienischsprachigen Richter im Kantonsgericht zu ebnen. Diese Vertretung im Kantonsgericht ist in doppelter Hinsicht zentral, denn nur so erhält die italienischsprachige Bevölkerung eine Bezugsperson im Gericht und umgekehrt gibt der neue, italienischsprachige Richter kraft seines öffentlichen Amtes Italienischbündens überhaupt ein Gesicht. Ebenfalls hat die Pgi, nach langem und zähem Ringen, durchsetzen können, dass in Graubünden eine italienischsprachige Korrespondentin der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) den Informationsaustausch zwischen Deutsch- und Italienischbündens verbessert. Bis vor

Es ist Aufgabe der Pgi, sich dafür einzusetzen, dass die italienische Sprache in der Verwaltung gefördert wird, auch wenn diese Aufgabe kräftezehrend, wenig populär, wenig dankbar und wenig sichtbar ist.

Kurzem gelangten nämlich nur Verkehrsmeldungen aus dem Misox oder vom Berninapass in die deutschsprachigen Medien im Kanton. Selbst die Radiotelevisione Svizzera (RSI) – also das Fernsehen und Radio der *gesamten* Italienischen Schweiz (und nicht wie es, *horribile dictu*, selbst SRF, NZZ und viele andere Medien fälschlicherweise als «Tessiner Fernseher» bezeichnen) – räumt nach langem und ermüdendem Gefecht ein, Italienischbünden in ihren Nachrichten und Informationskanälen vernachlässigt zu haben. Auch hier geht es primär um das Problem der Nicht-Wahrnehmung, und zwar gleich in doppelter Hinsicht: einerseits durch die Schweizer Medien, die das «Tessin» als alleinige *pars pro toto* für die Italienische Schweiz wahrnehmen und andererseits durch die Tessinerinnen und Tessiner selbst, die in klassischer «splendid isolation» selbstreferentiell auf das eigene begrenzte Territorium «ennet des Gotthards» fixiert sind.

Dabei zählt allein Italienischbünden 16'000 Einwohner, also gleich viel wie der Kanton Appenzell Innerrhoden, ohne die noch viel grössere Anzahl Italienischsprechender im Rest des Kantons zu berücksichtigen. Der Historiker Hans-Ulrich Jost, emeritierter Professor der Universität Lausanne, weist zurecht darauf hin, dass der appenzellische Halbkanton im Gegensatz zur italienischbündnerischen Sprachminderheit in der Konferenz der Kantonsregierungen und vor allem im Stände- und Nationalrat ständig vertreten ist. Nationalrätin Silva Semadeni ist hingegen erst die zweite Vertretung aus Italienischbünden, die es in der 170jährigen Geschichte des Bundesstaats in den Nationalrat geschafft hat.

Das Verhältnis der Entscheidungsträger zum Italienischen

Als Direktor der Forschungsstelle «Diplomatische Dokumente der Schweiz» (Dodis), einem Institut der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), setze ich mich täglich mit der Geschichte der Entscheidungsprozesse in der Bundesverwaltung auseinander. Dabei erweist sich eine Selbstverständlichkeit als Imperativ: Im schweizerischen politischen System ist es ganz wesentlich, dort vertreten zu sein, wo die Entscheidungen getroffen werden. Dies gilt umso mehr für Sprachminderheiten, deren Anliegen ohne Vertretung gar nicht erst ins Bewusstsein der Entscheidungsträgerinnen und -träger gelangen. Für die Veröffentlichung der Aktenedition der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» untersucht meine Forschungsstelle jährlich rund zwei Millionen Dokumente aus den Beständen des Schweizerischen Bundesarchivs. Als Italienischsprachiger bin ich stets bemüht, in jedem Band zumindest *ein* italienischsprachiges Dokument zu veröffentlichen. Doch könnte ich nicht auf Dokumente der italienischen Regierung zurückgreifen, wäre ich in grosser Verlegenheit, denn die Bundesverwaltung arbeitet ausschliesslich auf Deutsch und Französisch...

Es ist Aufgabe der Pgi, sich dafür einzusetzen, dass die italienische Sprache in der Verwaltung gefördert wird, auch wenn diese Aufgabe kräftezehrend, wenig populär, wenig dankbar und wenig sichtbar ist. Dabei gilt es einerseits auf das Potenzial der Mehrsprachigkeit aufmerksam zu machen und andererseits politische Forderungen zu stellen. So unterstützt die Pgi die Stärkung der Position der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit, auf dass sie mit ihren Instrumenten das mehrsprachige Potenzial der Mitarbeitenden in der Bundesverwaltung eruiert und die Personalverantwortlichen dafür sensibilisiert, offene Stellen auch mit italienischsprachigen Kandidatinnen und Kandidaten zu besetzen – auch, und

besonders, auf Kaderebene. Die Pgi geht ebenfalls doppelspurig vor: Sie fördert einerseits italienischsprachige Vertreterinnen und Vertreter, so hat sich die Organisation explizit für den Tessiner Bundesratskandidaten Ignazio Cassis eingesetzt, nicht nur weil er sich nachweislich als Co-Präsident der Interparlamentarischen Gruppe Italianità für die italienische Sprache eingesetzt hat, sondern weil er durch seine Herkunft der italienischen Schweiz Sichtbarkeit, Würde und Legitimität verleiht. Und die Pgi setzt andererseits alle Hebel in Bewegung, um den politischen Druck auf die Instanzen zu erhöhen, die Italienisch vernachlässigen. Dazu gehört leider auch die wissenschaftliche Forschung: Es gibt viele wissenschaftliche Institutionen und Publikationsorgane in der Schweiz, die zwar englischsprachige, nicht aber italienischsprachige Eingaben und Beiträge annehmen, und dies obwohl sie von der öffentlichen Hand finanziert werden. Auch hier ist politisches Handeln nötig, um letztlich über die Finanzflüsse Einfluss auf die Entscheidungsträgerinnen und -träger zu nehmen. Dabei erweist sich das politische Handeln als vielfältig: So leistet die Pgi Lobbyarbeit in kantonalen und nationalen Parlamenten, erstellt Rechtsgutachten (beispielsweise gegen eine Volksinitiative, die in Graubünden Italienisch als erste Fremdsprache verdrängen will) und bringt als direkter Ansprechpartner kantonalen und nationaler Vereinigungen (man denke an das *Forum per l'italiano in Svizzera*) sowie auch des Europarats ihre sprachpolitischen Anliegen national und international ein. Wenn sich an jedem 1. August die Schweiz als multilingualische Willensnation feiert, so tut sie dies nicht zuletzt auch dank des seit 1918 unermüdlichen Engagements der Pro Grigioni Italiano.

2011 anlässlich des Jubiläums der 150 Jahren Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien organisierte die Pgi die *Giornate grigionitaliane* im Centro svizzero in Mailand.



Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf am 25. Oktober 2008 in Chur anlässlich der Generalversammlung der Pgi zu ihrem 90. Geburtstag mit dem damaligen Präsident der Pgi, Sacha Zala

